



76208

**An alle Mitglieder von
Bündnis C – Christen für
Deutschland – AUF&PBC
in Baden-Württemberg**

Bündnis C - Christen für Deutschland
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 41 08 10
Karlsruhe

E-Mail: info@buendnis-c.de
Web: www.buendnis-c.de

5. September 2016

Liebe Mitglieder des Landesverbandes Baden-Württemberg,

TTIP und CETA sind als Freihandelsabkommen derzeit in aller Munde – und dies mit Recht.

Viele Inhalte dieser Abkommen sind nicht abschliessend bekannt und werden nach wie vor in Geheimverhandlungen diskutiert. Dies ist in einer parlamentarischen Demokratie, wie wir sie in der Bundesrepublik Deutschland haben, eigentlich ein Skandal. Und die Themen, die bekannt geworden sind, gefährden in vielen Bereichen unsere politischen Errungenschaften und teilweise sogar unsere nationale Souveränität. Bündnis C tritt ein für politische Transparenz und für Abkommen auf dem Fundament unseres Grundgesetzes. Aus diesem Grund unterstützen wir als Landesverband Baden-Württemberg die Aktivitäten gegen TTIP und CETA.

Am 17. September 2016 um 12:00 Uhr findet auch am Stuttgarter Hauptbahnhof eine Demo gegen TTIP und CETA statt. Gerne möchten wir als Landesvorstand Sie als Mitglieder motivieren, an dieser Demonstration teilzunehmen.

Was sind die Gründe für unseren Standpunkt?

- Diese Abkommen führen letztendlich zur Aushebelung der demokratischen Grundordnung und ersetzen diese durch eine Herrschaft internationaler Großbanken und Konzerne!
- TTIP und CETA enthalten Mechanismen für regulatorische Kooperation, die zu einer Einschränkung der Politikgestaltung für Umwelt- und Verbraucherschutz führen. Handels- und investitionsbeschränkende Maßnahmen und Gesetze sollen schon frühzeitig mit "Stakeholdern" (Konzern- und Wirtschaftsvertreter) beraten werden. "Interessengruppen würden mit Regulierern an einem Tisch sitzen, um gemeinsam Gesetze zu schreiben." - Zitat aus einem Lobbyistenpapier -
- TTIP und CETA setzen die bäuerliche Landwirtschaft in Deutschland und Europa zusätzlicher Konkurrenz um immer billigere Produkte aus und haben das Potential, zum nicht mehr kontrollierbaren Einfallstor für Gentechnik zu werden.
- Verbesserungen in Tierschutz, Umweltgesetzgebung oder der Kennzeichnung von genmanipulierten oder mit Chlor behandelten Nahrungsmitteln sind als Handelshemmnisse anfechtbar.
- TTIP und CETA enthalten Artikel zum Investitionsschutz, die es Konzernen erlauben, Staaten auf Schadensersatz zu verklagen, wenn politische Entscheidungen den Wert von Investitionen bzw. daraus resultierenden Gewinnerwartungen schmälern.
- TTIP und CETA sehen im Streitfall nur Verhandlungen vor privaten Schiedsgerichten vor und schließen damit rechtsstaatliche Institutionen, wie Gerichte aus. Diese Schiedsgerichte sind eine Waffe der Finanzkonzerne gegen die Selbstverwaltung unserer Kommunen und bedrohen die Existenz unserer mittelständischen Wirtschaft, die nicht die Möglichkeit hat, bei der Weltbank, der City of London, der Wallstreet und in Washington D.C. auf Augenhöhe zu verhandeln.

- Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken müssen Finanzkonzernen zum Kauf angeboten werden! Eine Ausrichtung an der Gemeinnützigkeit ist Vertragsbruch!
- Wo Feuerwehr, Rettungswesen, Gesundheitsversorgung, Wasser und Stadtwerke, Justizvollzug, Schwimmbäder, Theater, Müllentsorgung oder Recyclingsysteme als kommunale Dienstleistung betrieben werden, kann eine Privatisierung eingeklagt werden.
- Die sogenannten Freihandelsabkommen stellen einen massiven Eingriff in die globale Gerechtigkeit dar, indem den Entwicklungs- und Schwellenländern der Zugang zu unseren Märkten noch mehr erschwert wird.
- TTIP und CETA können zwar mit einer 6-monatigen Frist gekündigt werden - jedoch bleibt die Schiedsgerichtsbarkeit noch 20 Jahre! Dabei werden die Investoren geschützt, wofür wie gewohnt der Steuerzahler aufzukommen hat.

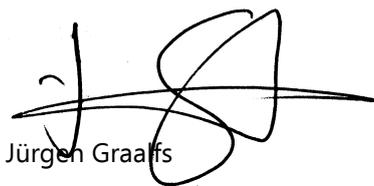
Aus diesem Grund fordern wir:

1. Die mühsam erkämpften europäischen Verbraucherschutz- und Gesundheitsstandards müssen erhalten bleiben. Klima- und Umweltschutzaufgaben sowie das Vorsorge- und Verursacherprinzip in Europa und in Deutschland sind aufrecht zu erhalten.
2. Eine kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft muß erhalten und geschützt werden.
3. Dienstleistungen der Daseinsvorsorge wie Trinkwasser- und Energieversorgung oder Bildung, Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Unis) sollen in demokratisch legitimer öffentlicher Hand verbleiben.
4. Unser Grundgesetz und Rechtssystem muß vor intransparenten Schiedsgerichten ohne Möglichkeiten zur Berufung oder Revision bzw. demokratischer Kontrolle geschützt bleiben. Deutschland ist ein souveräner und demokratischer Rechtsstaat und muß das auch bleiben!

An der Demo in Stuttgart am 17.09.2016 teilzunehmen, heisst, unser Anliegen zu unterstützen. Wir sind der Überzeugung, dass wir unsere Stimme bei diesem Anliegen erheben müssen, denn am Ende betreffen diese Abkommen uns alle.

Herzliche Grüsse

Im Namen des Vorstandes des Landesverbandes Baden-Württemberg



Jürgen Graalfs



Friedemann Hetz